

An die
Abgeordneten des Deutschen Bundestages

Vulnerable Personengruppen in der Gesellschaft wirksam vor Covid-19 schützen!

Sehr geehrte Frau Abgeordnete und sehr geehrter Herr Abgeordneter,

als Abgeordnete des Deutschen Bundestages werden Sie in Kürze darüber abstimmen, ob und wie die Mitte März zur Bekämpfung der Corona-Pandemie wirksam werdende „einrichtungsbezogene Impfpflicht“ verändert oder ergänzt, auf weitere Personen- oder Altersgruppen ausgedehnt oder zu einer allgemeinen Impfpflicht für alle hier lebenden (erwachsenen) Menschen ausgeweitet werden soll.

Angesichts der gesundheitlichen Gefahren, die das Coronavirus besonders für die vulnerablen Gruppen der Bevölkerung birgt, und vor dem Hintergrund einer inzwischen hoch emotionalisierten kontroversen öffentlichen Debatte tragen Sie damit eine große Verantwortung.

Der Deutsche Caritasverband und seine Fachverbände vertreten mehr als 25.000 Einrichtungen und Dienste, deren Arbeit von mehreren hunderttausend hauptamtlich und freiwillig sowie in der Selbsthilfe Tätigen getragen wird. Gerade mit unseren Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Hospizen, Rehabilitationseinrichtungen, Einrichtungen und Diensten für Menschen mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen sowie den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe bieten wir vulnerablen Personen, deren besonderem Schutz die bisherigen Regelungen zur Impfpflicht dienen sollen, professionelle Unterstützung. Da die einrichtungsbezogene Impfpflicht im Dezember eingeführt wurde, ohne sie – wie von uns gefordert – mit einer bedingten allgemeinen Impfpflicht zu verknüpfen, sind jetzt asynchrone Abläufe entstanden, die erhebliche Probleme mit sich bringen.

Vor dem Hintergrund der praktischen Erfahrungen möchten wir Sie gemeinsam mit unseren Fachverbänden nachdrücklich bitten, sich im Deutschen Bundestag **für deutliche Ergänzungen einzusetzen.**

Zur Erhöhung des Schutzniveaus brauchen wir zeitnah gesetzgeberische Schritte, die praxisgerechte Wege zu einer allgemeinen oder altersdifferenzierten Impfpflicht beschreiten.

Wir brauchen für eine wirkungsvolle Pandemiebekämpfung neben weiter entwickelten Impfstoffen bessere Therapeutika und Schutzkonzepte als Bestandteile konsistenter Maßnahmenpakete für verschiedene (nach der Pathogenität der im Herbst 2022 dominanten Variante zu unterscheidenden) Szenarien.

Die Weiterentwicklung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht hin zu einer breiter verankerten Impfverpflichtung ist aus unserer Sichterforderlich, denn:

- nur so ist der Schutz der vulnerablen Gruppen zu gewährleisten,
- die Impfung schützt wirksam vor schweren Verläufen; eine hohe Impfquote ist ein zentraler Faktor zur Vermeidung einer Überlastung des Gesundheitswesens,
- Mitarbeitende in Gesundheits- und Sozialeinrichtungen fühlen sich durch die bisherigen Regelungen bei einer hohen Quote vieler nicht-geimpfter Menschen nicht wirksam geschützt,
- die Sicherstellung der Versorgung in Einrichtungen und Diensten des Gesundheits- und Sozialwesens wird erheblich gefährdet, da die einrichtungsbezogene Impfpflicht Abwanderungen in andere Berufsfelder oder Nachbarländer nach sich zieht und eine qualitätsgesicherte Versorgung aufgrund fehlender Nachbesetzungsmöglichkeiten (Personalmangel) nicht gewährleistet werden kann,
- inhärente Widersprüche der einrichtungsbezogenen Impfpflicht erschweren ihre Akzeptanz und ziehen zahlreiche Abgrenzungsprobleme nach sich,
- arbeitsrechtliche Konsequenzen der einrichtungsbezogenen Impfpflicht werfen in Bezug auf die Umsetzung weiter schwer lösbare Fragen auf.

Die Bewältigung der Pandemie erfordert Verantwortung über den Kreis der Beschäftigten unserer Einrichtungen hinaus.

Wir bitten Sie, unsere Argumente in Ihren Erwägungen zur Abstimmung zu berücksichtigen und alles zu tun, um die Weiterentwicklung und Produktion von Impfstoffen, die einen Schutz auch vor neuen Varianten und für kleine Kinder gewährleisten, ebenso zu fördern wie die Entwicklung und Produktion von Therapeutika, und auf diese Weise eine Überlastung der sozialen Einrichtungen und Dienste ebenso abzuwenden wie eine Eskalation psychischer Probleme und sozialer Spaltungen durch die Pandemie(politik).

Für Rückfragen und weitere Auskünfte stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Eva Welskop-Deffaa
Präsidentin Deutscher Caritasverband